

PRESSEMITTEILUNG

Pulheim, den 15.06.2020

Antwort auf „Kleine Anfrage“: Landesregierung NRW räumt eigene Untätigkeit bezüglich Ultranet ein

Unverständnis in Pulheim und Hürth: Mit der erfolgten Beantwortung der vor einem Monat eingebrachten Kleinen Anfrage von Jochen Ott (SPD) hat die Landesregierung eingestanden, sich NICHT angemessen bei der bis zum 16.04.2020 erfolgten Behörden- und Öffentlichkeitsauslegung für den Abschnitt E zum geplanten Ultranet eingebracht zu haben.

Der von Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) unterzeichneten Antwort aus der Staatskanzlei ist zu entnehmen, dass man sich stattdessen offenkundig damit begnügt, es den Bezirksregierungen in Köln und Düsseldorf zu überlassen, inwiefern eine Beteiligung am weiteren Genehmigungsprozess überhaupt stattfinden soll.

„Die von der NRW Regierung an den Tag gelegte Ignoranz ist leider sehr ernüchternd. Wir hätten schon erwartet, dass die Belange der betroffenen Anwohner, der Kommunen und des Rhein-Erft-Kreises vom Wirtschaftsminister bei der Bundesnetzagentur mit Nachdruck vorgebracht werden. Schließlich dürfen wir sehr wohl davon ausgehen, Herrn Prof. Pinkwart ausreichend für das Thema Ultranet sensibilisiert zu haben“, sagt Sebastian Locker vom PBU Vorstand.

Noch 2019 sprach der Minister im Rahmen der Radiosendung „WDR 5 Stadtgespräch“ an der Trasse von einem „berechtigten Anliegen“ der von Ultranet unmittelbar betroffenen Menschen. Offenkundig sieht man aber trotz der Vielzahl der Bürgerproteste keinerlei Anlass, die umstrittenen Pläne der RWE-Tochter Amprion GmbH auch nur im Ansatz kritisch zu hinterfragen. Im Gegenteil: Obwohl die Landesregierung eingesteht, dass die Studienlage zu möglichen Gesundheitsgefahren unvollständig ist bzw. wichtige Studien derzeit noch laufen, hält man es nicht für nötig, bei der Bundesnetzagentur wenigstens die Einhaltung des Vorsorgegrundsatzes einzufordern.

Ein klassisches Eigentor schießt sich die Landesregierung diesbezüglich in ihrer Antwort mit dem im Anhang getätigten Verweis auf eine Veröffentlichung des niederländischen Gesundheitsrats (HCN) zu möglichen Gesundheitsgefährdungen für Kinder:

In der wissenschaftlichen Arbeit geht man nämlich weiter von einem Zusammenhang zwischen dem Leben in der Nähe von Stromleitungen und der gleichzeitigen Exposition gegenüber niederfrequenten Magnetfeldern und Leukämie bei Kindern aus. Die Risikoeinschätzung hat sich laut HCN sogar erhöht. Zudem hat man Anzeichen auf einen Zusammenhang mit Hirntumoren im Kindesalter ausgemacht. Da sich die Hinweise verstärkt haben, empfiehlt das HCN der niederländischen Regierung, die Vorsorgepolitik für Freileitungen fortzusetzen und auch auf Erdkabel sowie z.B. Transformatorenhäuser auszudehnen.

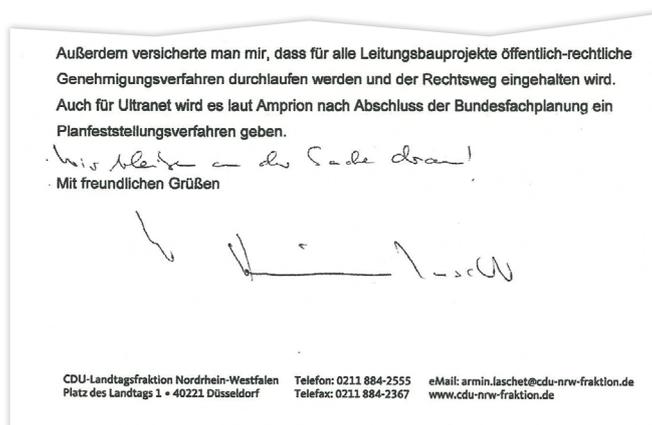
Seit 2005 existiert bereits eine Empfehlung des niederländischen Infrastruktur- und Umwelt-Ministeriums, wonach Kinder langfristig keinen ELF-Magnetfeldern durch die Nähe von Freileitungen ausgesetzt werden sollen, die einen Jahresdurchschnitt von 0,4 μ T überschreiten.

Die Pulheimer Bürgerinitiative gegen Ultranet e.V. (PBU) gründete sich im Juli 2018 als Reaktion auf den massiven und rücksichtslosen Ausbau der Stromtrasse zwischen Osterath und Philippsburg im Ortsbereich Pulheim. Die PBU ist Teil des übergeordneten Aktionsbündnisses Ultranet, welches sich im Verbund für die Interessen der Anlieger der geplanten Hybridtrasse stark macht und den länderübergreifenden Protest begleitet und koordiniert.

Zum Vergleich: in Deutschland liegt der entsprechende Grenzwert gemäß Bundesimmissionschutzgesetz bei 100 µT. <https://www.emf-portal.org/de/cms/page/home/more/limits/limit-values-compared-internationally>

Anstatt sich um derartige oder vergleichbare Vorsorgemaßnahmen zu kümmern, macht sich die Landesregierung mit der an den Tag gelegten Passivität also ein weiteres Mal zum Erfüllungshelfen der alten zentralistisch strukturierten Energieunternehmen.

Darüberhinaus ist es völlig unzureichend, die bereits bekannten Verfahrensschritte bei Vorhabenträgerin und Netzentwurf lediglich abzuschreiben und diese als Teil der Antwort zu deklarieren. Damit verlieren die Mandatsträger in Düsseldorf nun endgültig ihre Glaubwürdigkeit. Armin Laschet hatte vor Jahren den Mitstreitern in Hürth handschriftlich versprochen, am Thema dranzubleiben und sich für vom Stromnetzausbau betroffene Bürger stark zu machen. An dieses Versprechen scheint sich Laschet nun in seiner Rolle als Ministerpräsident aber nicht mehr gebunden zu fühlen.



Quelle: Persönliches Schreiben von Herrn Armin Laschet an die IG Hürth e.V. vom 26.11.2016

Somit können die vorliegenden Antworten leider nur in eine Richtung gedeutet werden: Es geht der Landesregierung leider nicht um moderne, bürgernahe und transparente Energiepolitik, sondern offenkundig lediglich um das Bedienen von Konzerninteressen. Mit dem von Prof. Pinkwart in seiner Einleitung abermals bemühten, längst widerlegten Narrativ, der für „die Energiewende zwingend notwendigen Nord-Süd Leitungen“ verschließt sich die Regierung in Düsseldorf zudem konsequent der Prüfung möglicher dezentraler Alternativen.

Die auch von Peter Altmaier (CDU) immer wieder vollführte Reduktion der Energiewende auf den Bau neuer Stromtrassen konterkariert das eigentliche Ziel einer möglichst schnellen und regionalen Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien. Stattdessen ist das von der Vorhabenträgerin Amprion bereits bestätigte Ziel ein gepimptes europäisches Stromnetz für den internationalen Stromhandel. https://www.amprion.net/Press/Press-Detail-Page_25088.html

Am Ende bleibt die wichtigste Frage von der Politik unbeantwortet: Welchen grünen Strom sollen Leitungen wie Ultranet oder SuedOstLink eigentlich transportieren, wenn man den Zubau von Windkraft und Photovoltaik in Deutschland weiterhin so systematisch ausbremst wie bisher und stattdessen neue Kohlekraftwerke wie Datteln 4 ans Netz gehen lässt?

#EnergiewendeGehtDezentral
#FuerMastfreieWohngebiete

Der Vorstand | PBU e.V.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de